

Landtag aktuell

17. Juni 2010

Debatte über NÖ Landesbudget 2011 Fortsetzung der Spezialdebatte

Vor Beginn der Sitzung wurde von Landtagspräsident Ing. Hans Penz der bisherige Rechnungshofdirektor Dr. Walter Schoiber verabschiedet. Dessen Nachfolgerin Dr. Edith Goldeband wurde das Beststellungsdekret überreicht. Goldeband wird ab Juli 2010 Schoibers Amt übernehmen.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) betonte in seiner Laudatio für Schoiber, dass sich eine erfolgreiche Rechnungshofkontrolle als Hilfestellung für die von ihr zu kontrollierende Verwaltung zu verstehen habe. Schoiber sei allen diesbezüglichen Anforderungen gerecht geworden. Ihm sei daher auch im Namen des NÖ Landesparlaments sowie der niederösterreichischen Bevölkerung Dank und Anerkennung auszusprechen. Dr. Goldeband sprach Penz „reiche Erfahrung als Kontrollorgan“ zu, sie werde dem Landesparlament eine wertvolle Hilfe im Dienste der BürgerInnen sein.

Heute um 9 Uhr wurden die Verhandlungen über den Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2011 mit der Spezialdebatte zur Gruppe 4, Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung, fortgesetzt.

Abgeordneter Hans Stefan H i n t n e r (VP) meinte, dass in Niederösterreich auch in schwierigeren Zeiten die Rahmenbedingungen hervorragend abgesteckt worden seien. Etwa bei den Arbeitslosenzahlen sehe man eine leichte Entspannung bzw. sei man hier besser aufgestellt als der Rest Österreichs. Von Niederösterreich sei am Arbeitsmarkt

eine Dynamik ausgegangen. Generell merkte er – in Richtung der übrigen Parteien – an, dass Umverteilung nur betrieben werden könne, wenn zuvor Geld erwirtschaftet wurde. Mit Initiativen wie dem Lehrlingsauffangnetz, der Initiative 50 oder der Schaffung neuer Arbeitsplätze im Kinderbetreuungs- und Pflegebereich sei man in Niederösterreich punktgenau an dem, was die Menschen im Land benötigen. Niederösterreich bliebe eine Insel der Menschlichkeit sowie eine soziale Modellregion.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sagte, dass Niederösterreich „keine Insel der Seligen“ sei, und kritisierte insbesondere die herrschende Jugendarbeitslosigkeit. Zudem gab er an, dass es auch zahlreiche Menschen in Kurz- und Leiharbeit gebe. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Sicherung von Ausbildungsplätzen ein. Einen weiteren **Resolutionsantrag** brachte er gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen betreffend Sicherung der Arbeitsplätze mit Schwerpunkt auf Verlängerung der Übergangsfristen zur Öffnung des Arbeitsmarktes ein.

Abgeordneter Anton E r b e r (VP) behauptete – gestützt auf Informationen aus WIFO und IHS -, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht größer werde. Seit 1991 sei der diesbezügliche Abstand gleich geblieben, Österreich sei hier sogar ein Vorzeigemodell. Am Beispiel von Bereichen wie Pflege oder Mindestsicherung stellte er die Zuständigkeit bzw. Lösungskompetenz der SP in Sozialangelegenheiten in Frage.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) vertrat die Meinung, dass die Menschen heutzutage durchaus weniger Geld zur Verfügung hätten. Weiters meinte er, dass die Situation am Arbeitsmarkt dramatisch sei und derzeit noch keine Entwarnung gegeben werden könne. Man müsse die Existenzen sichern und den Menschen wieder das Gefühl geben, dass sie ein wichtiger Teil der Gesellschaft seien. Die Investition von Geld sei hier die richtige Antwort, eine Aufstockung des Arbeitnehmerförderungs fonds sei vonnöten. In der Folge brachte er gemeinsam mit den Abgeordneten Leichtfried, Antoni, Dworak u. a. einen **An-**

trag betreffend besserer finanzieller Ausstattung des NÖ Arbeitnehmerförderungsfonds ein.

Abgeordneter Franz **G r a n d l** (VP) sprach von leichten Erfolgen am Arbeitsmarkt und davon, dass man nicht alles schlecht reden dürfe. Das Budget 2011 sei die Grundlage für jegliches Handeln im Land. Er ging speziell auf den Ausbau der erneuerbaren Energie in Niederösterreich ein. In Zukunft müsse die erneuerbare Energie einen immer größer werdenden Anteil unseres gesamten Energieverbrauchs abdecken. Damit könnten bis zum Jahr 2020 insgesamt 20.000 neue, so genannte Green-Jobs geschaffen werden.

Abgeordneter Martin **S c h u s t e r** (VP) erklärte, Wohnbau habe in Niederösterreich traditionell einen hohen Stellenwert, besonders was den sozialen und ökologischen Bereich betrifft. Speziell der Sanierungssektor im öffentlichen Wohnbau habe im letzten Jahr eine großartige Entwicklung verzeichnet und ein beachtliches Investitionsvolumen für die klein- und mittelständische Wirtschaft ausgelöst. Die Investitionen im Sanierungssektor würden laut Experten immer nur zeitverzögert wirksam, da sich die Bauzeiten der zu verwirklichenden Projekte immer über mehrere Jahre ziehen. Als besonders erfolgreiche Beispiele hob er insbesondere die Initiativen Sicheres Wohnen und Betreutes Wohnen hervor. Viele Tausende Haushalte seien bisher mit Sicherheitstüren und Sicherheitsfenstern bzw. Alarmanlagen ausgestattet worden.

Abgeordnete Dr. Helga **K r i s m e r - H u b e r** (G) widmete sich ebenfalls der NÖ Wohnbauförderung und kritisierte die geringe Dotierung des Budgetvoranschlags zur Wohnbauförderung. Besonders bei der Sanierung müsse in Zukunft ein neuer Schwerpunkt gesetzt werden, da die Substanz der bereits bestehenden Häuser erhalten bzw. verbessert werden müsse. Im Bereich der Initiative Sicheres Wohnen gebe es für Altbauwohnungen mit besonders breiten Türen keine ausreichenden Angebote, um die Wohnung einbruchssicher umzubauen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, im Bereich der Wohnbauförderung hätte man im Budgetvoranschlag 2011 vorausschauend mehr Gelder veranschlagen müssen, um die Wirtschaft anzukurbeln und Arbeitsplätze zu sichern. Weiters kritisierte er die großen Unterschiede für Mieter zwischen geförderten und nicht geförderten Wohnungen im Bereich der Wohnbeihilfe. Im Zusammenhang mit der Veranlagung der Wohnbaugelder vermutete er einen bereits einzukalkulierenden Verlust von rund einer Milliarde Euro. In diesem Zusammenhang brachte der gemeinsam mit seiner Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Rückzug aus den Wohnbauspekulationen ein.

Abgeordneter Karl M o s e r (VP) erklärte, die Veranlagung der NÖ Wohnbaugelder durch einen Beschluss des NÖ Landtages sei eine intelligente und nachhaltige Lösung gewesen. Im Jahr 2010 würden viele Wohnbauprojekte, die durch die NÖ Wohnbauförderung unterstützt werden, auslaufen. Damit werde vielen Menschen geholfen, eine leistbare Wohnung zu erwerben. Der Anspruch auf ein Dach über dem Kopf sei ein soziales Grundrecht für jeden Menschen.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) meinte, Niederösterreich sei immer sehr stolz auf die Wohnbauförderung gewesen, die in den letzten Jahren ausschließlich für den Neubau von Wohnungen bzw. die Sanierung von Wohnungen verwendet wurde. In diesem Zusammenhang brachte er einen **Resolutionsantrag** gemeinsam mit der FP betreffend Wohnbeihilfe auch für nicht geförderte Wohnungen ein. In einem weiteren **Antrag** verlangte er die Erhöhung des Budgetansatzes für die NÖ Wohnbauförderung.

Abgeordneter DI Willibald E i g n e r (VP) betonte, grundsätzliches Ziel der NÖ Wohnbauförderung sei der Neubau von Wohnungen bzw. die thermische Sanierung von bereits bestehenden Objekten. Der Umstieg auf biogene Heizstoffe sei der richtige Weg. Weiters wies er auf den Sonnenplatz Großschönau hin, wo es seit 2007 möglich sei, in Passivhäusern Probe zu wohnen.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) betonte, die Familien stünden im Mittelpunkt der Politik in Niederösterreich. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei ein wichtiges Anliegen. In Niederösterreich sei man dabei auf einem sehr guten Weg, wies sie auf die NÖ Kindergärten, Tagesmütter und die Förderungen für Schulsportwochen und Mehrlingsgeburten hin. Dem Resolutionsantrag des Abgeordneten Tauchner werde man nicht zustimmen, weil es im Sozialbereich keine Kürzungen gebe. Die Familien Niederösterreichs seien mit der Politik des Landes zufrieden, das zeige sich auch in Umfragen.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) meinte, im Landesbudget werde die Entwicklung sehr optimistisch betrachtet. Tatsache sei aber, dass das Geld fehle. Sie kritisierte, dass bei den Frauenberatungsstellen, bei der Mutterberatung, in der Vorsorgemedizin, bei der Drogenberatung und in der Flüchtlingshilfe gespart würde. Die Grünen würden in familienpolitischen Maßnahmen 10 Millionen Euro investieren. Von einer Sicherung der sozialen Modellregion könne keine Rede sein.

Abgeordneter Herbert T h u m p s e r (SP) sprach zum Thema soziale Wohlfahrt. Im Bereich der Jugendwohlfahrt treffe der Terminus Familienland nicht zu. Die Ansätze im Bereich der Jugendwohlfahrt seien zu gering. Bei der Unterbringung von Kindern in Heimen sei man mit ständig steigenden Kinderzahlen konfrontiert. Er brachte gemeinsam mit der Abgeordneten Enzinger einen **Resolutionsantrag** zum Thema mobile Jugendarbeit ein.

Abgeordnete Ingeborg R i n k e (VP) meinte, in der mobilen Jugendarbeit sei man tagtäglich mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Sie erinnerte an die großartigen Leistungen der ehemaligen Landeshauptmann-Stellvertreterin Liese Prokop. Der Resolutionsantrag sei für sie nicht nachvollziehbar. Im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wolle sie ganz besonders auf die Väterkarenz hinweisen. Das Land Niederöster-

reich nehme dabei eine Vorreiterrolle ein. Weiters ging sie auf die Nachmittagsbetreuung in den Pflichtschulen ein.

Abgeordneter Herbert **T h u m p s e r** (SP) meinte, die Devise müsse „Hinschauen statt Wegschauen“ lauten. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit dem Abgeordneten Huber fordert, die Jugendkarte 1424 zur Freifahrtkarte für öffentliche Verkehrsmittel auch an Wochenenden und in den Ferien aufzuwerten.

Abgeordnete Christa **V l a d y k a** (SP) brachte mit den Abgeordneten Rinke und Ing. Huber einen **Resolutionsantrag** ein, der die Prüfung eines Verbots der Vollverschleierung im öffentlichen Raum fordert.

Abgeordneter Erich **K ö n i g s b e r g e r** (FP) freute sich über den nunmehr gemeinsamen Antrag und zog den entsprechenden FP-Antrag zurück.

Landesrätin Mag. Karin **S c h e l e** (SP) sagte zur Mindestsicherung, der Städtebund habe beschlossen, den Konsultationsmechanismus zurückzuziehen. Der entsprechende Akt gehe nunmehr in die Landesregierung und könne bei der nächsten Landtagssitzung diskutiert werden.

Landesrätin Mag. Johanna **M i k l - L e i t n e r** (VP) betonte, es sei grotesk von der SP, einerseits für die Mindestsicherung einzutreten, andererseits aber finanziell nichts beitragen zu wollen. Das sei eine „Desavouierung der Ärmsten“. Auf Druck der VP werde es die Mindestsicherung in Niederösterreich jetzt endlich geben.

Die Budgetansätze der Gruppe 4 wurden bei getrennter Abstimmung mit Mehrheit von VP bzw. VP und SP angenommen. Der Resolutionsantrag Vladyka, Rinke und Ing. Huber (Vollverschleierung) wurde gegen die Stimmen der Grünen mit Mehrheit angenommen. Sämtliche weitere Abänderungs- und Resolutionsanträge (Keine Ausgabenkürzung auf dem Rücken von Bedürftigen und Familien, Schließung von Postämtern, Taxifahrten für Menschen mit Handicap, NÖ Urlaubsaktion für pflegende Angehörige, Ausbildungsplätze sichern, Arbeitsplätze sichern, Arbeitnehmerförderungsfonds, Rückzug Wohnbau-

spekulationen, Höherdotierung NÖ Wohnbauförderung, Einführung einer allgemeinen Wohnbeihilfe und Mobile Jugendarbeit) wurden abgelehnt.

Gruppe 5

Gesundheit

In der Gruppe 5, Gesundheit, stehen im ordentlichen Teil Ausgaben von 455,53 Millionen Euro Einnahmen von 27,94 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) eröffnete die Debatte: Die SP habe im Landtag eine „symbolische Mauer“ errichtet. Die Gesundheit sei „der jüngste Sündenfall der SP“, die mehr als die Hälfte der NÖ Krankenhausstandorte schließen wolle. In Niederösterreich herrsche aber Klarheit durch Mehrheit. Im Gesundheits- und Sozialbereich werde nichts gestrichen. Was die NÖ Krankenanstalten leisten, sei fachlich kompetent, menschlich wertschätzend und wirtschaftlich effizient.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) meinte, die Äußerungen seines Vorredners seien „diffamierend und des Landtages nicht würdig“. Er wundere sich, dass der Präsident nicht eingeschritten sei.

Zweiter Präsident Herbert N o w o h r a d s k y (VP) wies dies zurück.

Abgeordneter Otto K e r n s t o c k (SP) betonte daraufhin, die SP NÖ sei nie für das Zusperrern von Krankenhäusern eingetreten, sie stehe für eine Sicherstellung der bestmöglichen medizinischen Versorgung aller Landesbürger. Die SP wolle und werde kein Krankenhaus schließen, Leistungsangebotskonzentrationen und Spezialisierungen seien aber unumgänglich, ebenso wie eine transparente Personalberechnungsmethode. Gemeinsam mit dem Abgeordneten Huber brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend die gänzliche Übernahme des Beitrags an die 144 NOTRUF Niederösterreich GmbH der

Rettungsdienste ein. Zudem brachte er alleine einen **Resolutionsantrag** betreffend einer Abgangsdeckungsregelung des NÖ Notarzteinsatzdienstes und einen **Antrag** auf getrennte Abstimmung ein.

Abgeordneter Mag. Lukas M a n d l (VP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung und hielt fest, dass seitens Vertretern der SP die Zusammenlegung von Spitalstandorten befürwortet worden sei.

Abgeordneter Ing. Hermann H a l l e r (VP) führte aus, dass die Medizin nur zu 10 Prozent für die Gesundheit eines Menschen verantwortlich sei, Lebensstil, Vererbung und sozioökonomisches Umfeld würden einen beträchtlicheren Teil ausmachen. So müsse die Eigenverantwortung gestärkt werden. Es gebe in Niederösterreich bereits ein breites medizinisches Angebot und eine optimale Versorgung an 22 Klinikstandorten. An Patientenbefragungen hätten bisher 250.000 Personen teilgenommen – nur 26 Prozent hätten sich für eine eventuelle Zusammenlegung von Spitälern ausgesprochen. Krankenhäuser würden auch zur regionalen Wertschöpfung beitragen und das Sicherheitsgefühl und die Zufriedenheit der Bevölkerung positiv beeinflussen.

Abgeordneter Ing. Martin H u b e r (FP) sprach sich dafür aus, dass das Krankenhaus-system in Niederösterreich behalten werden solle, insbesondere müsse die Notversorgung dezentral erhalten werden. Er kritisierte, dass im Gesundheitsbudget des Landes ein Posten „ökologisches Gartenland Niederösterreich“ enthalten sei, für den 5,1 Millionen Euro veranschlagt würden. Hinsichtlich des Pflegebereichs forderte er auf, auch die privaten Pflegeheime in Niederösterreich zu nutzen. Punkto NÖ Gebietskrankenkasse betonte er, dass der Schuldenberg der Krankenkassen weiter wachse. Er regte an, die e-card mit Bild zu versehen. Er brachte gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen einen **Resolutionsantrag** betreffend Bundesländerübergreifendes Abkommen bei medizinischen Akutfällen sowie einen **Resolutionsantrag** betreffend Zusammenlegen der Kran-

kenkasse und Missbrauchsbekämpfung statt Kürzung von Leistungen ein. Einen dritten **Resolutionsantrag** brachte er betreffend Abschaffung der Seuchenvorsorgeabgabe ein. Abgeordneter Hans Stefan **H i n t n e r** (VP) ging zunächst auf die Ausführungen seines Vorredners ein und brachte hinsichtlich des Resolutionsantrages betreffend Bundesländerübergreifendes Abkommen zur Kenntnis, dass es zwischen Wien und Niederösterreich entsprechende länderübergreifende Vereinbarungen gebe. In der Folge ging er speziell auf die Situation der Landeskliniken Baden und Mödling ein und betonte generell, dass sich in Niederösterreich auf Grund der Größe bzw. Fläche des Landes andere Bedürfnisse als andernorts ergeben würden. Die Gesundheitsfrage bezeichnete er als nicht geeignet, daraus parteipolitisches Kalkül zu ziehen.

Abgeordnete Heidemaria **O n o d i** (SP) sagte, dass die gute Gesundheitsversorgung der Bevölkerung im Vordergrund stehen und der Zugang zu medizinischen Leistungen allen offen stehen müsse. Die Solidarität dürfe nicht in Frage gestellt werden. Künftig müssten die Entstehungsbedingungen von Gesundheit einen Schwerpunkt darstellen. Hiezu würden entsprechende Maßnahmen gesetzt, Beispiele seien der Gesunde Kindergarten, Apollonia 2020, die Gesunde Schule und Gesunde Jause oder auch Gesunde Gemeinde und der Vorsorgepreis. Man könne in Niederösterreich auf die Gesundheitsversorgung stolz sein.

Abgeordneter Anton **K a s s e r** (VP) meinte, die Initiative Gesunde Gemeinde verfolge das Ziel, die vielen Angebote in Niederösterreich im Bereich der Gesundheitsvorsorge zu bündeln. Die Gesunde Gemeinde versuche, Menschen in der Gruppe zu motivieren, ihre Ernährung gesünder zu gestalten, mehr Bewegung zu machen und generell eine Lebensstiländerung vorzunehmen. Zu 144 Notruf NÖ sagte er, diese Leitstelle sei die einzige in Europa, die alle Blaulichtorganisationen umfasse und offiziell zertifiziert wurde.

Abgeordneter Ing. Franz **R e n n h o f e r** (VP) ging speziell auf den Umweltschutz und den Naturschutz in Niederösterreich ein, der bereits seit Jahren an der regionalen Identi-

tät der Menschen ansetze. Umweltschutz und Naturschutz haben in Niederösterreich immer schon eine große Tradition gehabt. Aktuelle Schwerpunkte seien dabei die Neufassung des Naturschutzgesetzes, die Initiative Bodendiversität, aber auch der Heckenitag, das Obstservice, die Baumpflegerberatung, das Bodenbündnis oder „So schmeckt Niederösterreich“.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) sagte, in Niederösterreich sei in den vergangenen Jahren sehr viel im Umwelt- und Naturschutzbereich umgesetzt worden. Zwei NÖ Klimaprogramme und viele gute Projekte von NÖ Umweltschutzorganisationen oder auf Gemeindeebene seien Vorbild für ganz Österreich. Die ehrgeizigen Ziele wie beispielsweise 100 Prozent des NÖ Stromes aus erneuerbaren Energien zu bekommen, seien aber nicht erreichbar, da der Budgetvoranschlag für das Jahr 2011 in diesen Bereichen keine Schwerpunkte setze. Er brachte gemeinsam mit den Abgeordneten Dr. Krismer-Huber, Sulzberger, Antoni, Dworak u. a. einen **Antrag** betreffend Höherdotierung des NÖ Klimafonds ein.

Abgeordneter Martin S c h u s t e r (VP) meinte, der Klimaschutz und der Naturschutz seien in Niederösterreich schon immer ein zentrales Thema gewesen. Der vorliegende Budgetentwurf schaffe den Ausgleich zwischen jenen Visionen, die wünschenswert sind, und jenen Initiativen, die möglich sind und umgesetzt werden können. Das Land Niederösterreich habe beim Einsatz der erneuerbaren Energieträger, beim Ausbau der Photovoltaikanlagen, bei der Reduktion der fossilen Treibstoffe und bei der Errichtung von Biomasseanlagen eine Vorreiterrolle übernommen.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) ging speziell auf die Sparmaßnahmen im Klimaschutz- und Umweltschutzbereich ein. Vielmehr würde das Budget 2011 Schwerpunkte in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Klimaschutz und Bildung benötigen. Einsparungen im Umweltbereich in der Höhe von 20 Millionen Euro unter anderem bei Naturparks, bei der Luftreinhaltung oder bei der Abfallwirtschaft seien die falschen Ak-

zente. In diesem Zusammenhang brachte sie gemeinsam mit ihren Fraktionskollegen **drei Resolutionsanträge** betreffend Schaffung eines durchgängigen Naturschutzgebietes Dunkelsteinerwald, Schaffung eines ungestörten Naturschutzgebietes „mittleres Kamptal“ zwischen Wegscheid und Rosenberg bzw. Schaffung eines Naturschutzgebietes „Nasser Schacht“ in Mannersdorf ein.

Abgeordneter Benno **S u l z b e r g e r** (FP) nahm Bezug auf die angekündigte Erweiterung des Reaktors Temelin, die ein Schlag ins Gesicht der Kernkraftgegner sei. Landesregierung und Bundesregierung seien aufgefordert, alle möglichen Mittel auszuschöpfen. Er forderte „heraus aus dem Atomstromimport“ sowie „verstärkt hinein ins Zeitalter der erneuerbaren Energie“. Er brachte einen **Resolutionsantrag** betreffend Nein zum weiteren Ausbau des AKW Temelin – Ausstieg aus EURATOM ein.

Abgeordneter Mag. Kurt **H a c k l** (VP) betonte, Niederösterreich gehe einen sehr ambitionierten Weg im Umweltschutz. Das Budget im Umweltbereich leiste außerdem einen wertvollen Beitrag zur Arbeitsplatzschaffung. Die „green jobs“ würden große Zukunftschancen bieten, das Wachstumspotenzial sei enorm. Auch die Förderung von thermischen Sanierungen durch das Land trage zur Schaffung von „green jobs“ bei.

Abgeordneter Franz **G a r t n e r** (SP) ging auf die Leistungen der Abfallverbände ein. Die Abfallwirtschaft sei ein bedeutender Beitrag zum Umweltschutz. Mittlerweile gebe es in jedem Bezirk Niederösterreichs einen Abfallverband. Die thermische Abfallverwertung in Dürnrrohr sei ein Vorzeigewerk für ganz Europa.

Abgeordneter Ing. Andreas **P u m** (VP) sagte, Österreich brauche die Energiewende im Sinne der Nachhaltigkeit. Ziel in Niederösterreich sei es, 100 Prozent des Strombedarfs aus erneuerbarer Energie zu decken. Viele Maßnahmen seien bereits gesetzt worden, nannte er etwa die e-Mobilität als Beispiel. Das Projekt Natur im Garten sei ein Vorzeigeprojekt, das von der Bevölkerung geschätzt werde.

Die Budgetansätze der Gruppe 5 wurden bei getrennter Abstimmung mit Mehrheit von VP bzw. VP und SP angenommen. Der Abänderungsantrag Leichtfried (Höherdotierung Klimafonds) wurde abgelehnt. Sämtliche Resolutionsanträge (Beitrag an 144 Notruf NÖ der Rettungsdienst, Abgangsdeckungsregelung NÖ Notarzteinsatzdienst, Bundesländerübergreifendes Abkommen bei medizinischen Akutfällen, Zusammenlegung Krankenkassen, Seuchenvorsorgeabgabe, Schaffung Naturschutzgebiet Dunkelsteinerwald, Schaffung Naturschutzgebiet Mittleres Kamptal, Schaffung Naturschutzgebiet Nasser Schacht in Mannersdorf und Nein zum weiteren Ausbau des AKW Temelin) wurden abgelehnt.

Gruppe 6

Straßen- und Wasserbau, Verkehr

In der Gruppe 6 stehen Ausgaben von 451,55 Millionen Euro Einnahmen von 76,24 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordneter Gerhard R a z b o r c a n (SP) eröffnete die Debatte mit einem **Antrag** auf getrennte Abstimmung. In Zeiten, in denen die Bauwirtschaft die öffentliche Hand brauche, sende der Budgetansatz das falsche Signal aus. Im Bereich des öffentlichen Verkehrs sei mit der Einstellung der Ybbstalbahn sowie Teilen der Thayatal- und Donauuferbahn viel an Kredit wieder verspielt worden. Ein **Resolutionsantrag** gemeinsam mit dem Abgeordneten Königsberger fordert ein neues NÖ Verkehrskonzept 2030. Ein weiterer **Resolutionsantrag** fordert Verbesserungen für die Pendler im Bereich des VOR inklusive einer Neustrukturierung der Zonen. Der Übernahme einer Landeshaftung für die NÖVOG werde seine Fraktion zustimmen.

Abgeordneter Mag. Karl W i l f i n g (VP) freute sich, dass die Weinviertel-Autobahn endlich in Betrieb sei. Alle vorausgesagten Impulse seien eingetreten – in Bezug auf die Verkehrssicherheit, die wirtschaftlichen Impulse und die Lebensqualität. Mit der Donaubrücke Traismauer könnten sich Pendler nach St. Pölten ab November pro Tag eine Stunde Fahrzeit ersparen. Die Weiterführung der Autobahn nach Drasenhofen, die S 8 und die S 34 stünden noch dringend an. Derzeit gebe es in Niederösterreich 13 Prozent Anteil am öffentlichen Verkehr. Damit liege man an dritter Stelle in Österreich.

Abgeordnete Mag. Karin R e n n e r (SP) bezog sich auf die S 8: An die 70.000 Fahrzeuge verstopften täglich die drei Verkehrsknotenpunkte nach Wien. Sie hoffe im Interesse der Bürger sehr, dass das Projekt auch nach der Evaluierung vordringlich bleibe.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) betonte, in Niederösterreich würden 2011 insgesamt 465 Millionen Euro in die Straßeninfrastruktur investiert. Das bedeute einen Be-

schäftigungseffekt von über 6.700 Arbeitsplätzen. In Bezug auf die Nebenbahnen nannte er als positives Beispiel die Zahnradbahn auf den Schneeberg mit über 100.000 Fahrgästen.

Abgeordnete Amrita E n z i n g e r (G) sagte, im Bereich des öffentlichen Verkehrs sei das Budget zu wenig aufgestockt worden. Die Schiene sei das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs. Nur verschränkte Systeme könnten die Bedürfnisse aller Menschen befriedigen. Die entsprechenden Angebote hätten besser beworben werden müssen.

Abgeordneter Erich K ö n i g s b e r g e r (FP) betonte die Notwendigkeit einer Offensive für den Nahverkehr und einer Belebung der Nebenbahnen. Aktuell hätten rund 267.000 Landsleute ihren Arbeitsplatz außerhalb des Wohnbezirks, weshalb die Infrastruktur vor allem beim öffentlichen Verkehr zu verbessern sei. Dadurch würde auch den Umweltzielen besser entsprochen werden. Die Kürzung der Pendlerhilfe um fast 40 Prozent kritisierte Königsberger. Hinsichtlich der Nebenbahnen kritisierte er, dass noch nicht bekannt sei, wo eine Einstellung zu erwarten seien. Generell seien Revitalisierungen notwendig. Gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Investitionsoffensive zur Verbesserung des Nahverkehrs und zur Erhaltung der Nebenbahnen nach der Übernahme durch das Land Niederösterreich ein. In einem weiteren **Resolutionsantrag** forderten die Abgeordneten der FP gemeinsam mit den Abgeordneten Razborcan und Antoni die sofortige Absicherung der Franz Josefs-Bahn und die Errichtung einer Autobahn/Schnellstraße für das Waldviertel.

Abgeordneter Hermann F i n d e i s (SP) bezeichnete die Infrastruktur als „Unterbau der Gesellschaft“. Die Infrastruktur sei auch Wirtschaftsmotor und schaffe Arbeitsplätze. Diesen Motor jetzt zu drosseln sei ein falsches Signal, es bräuchte weitere Investitionen.

Abgeordneter Franz M o l d (VP) erinnerte daran, dass Niederösterreich 1991 das erste Bundesland gewesen sei, das ein Landesverkehrskonzept erstellt habe. Ein kluger Ausbau im Bereich Verkehr sei wichtig für das Zusammenführen der Regionen mit den

Zentralräumen. Unter anderem sprach er dabei von der B 4, der B 37 oder den Umfahrungen Zwettl und Großglobnitz-Kleinpoppen. Aktuell seien die Umweltverträglichkeitsprüfungen in Vorbereitung. Mit einem Anteil von 13 Prozent am öffentlichen Verkehr sei Niederösterreich mit den meisten anderen Bundesländern vergleichbar. Das Buskonzept im Waldviertel nannte er einen wesentlichen Meilenstein. Hinsichtlich der Nebenbahnen ging er insbesondere auf die Thayatalbahn ein, das Waldviertler Buskonzept sollte noch zusätzlich attraktiviert werden.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) meinte, dass man die Menschen zur Annahme des Waldviertelbus-Konzepts motivieren müsse. Die Franz Josefs-Bahn habe für das Waldviertel oberste Priorität und müsse erhalten werden, da sie für viele PendlerInnen die einzige Möglichkeit sei, öffentlich nach Wien zu kommen.

Abgeordneter Konrad **A n t o n i** (SP) ging zunächst auf die Wortmeldung des Abgeordneten Mold punkto Thayatalbahn ein und betonte, dass der Zuspruch der Bevölkerung zu dieser Bahn groß sei. Man verfüge bereits über zwei Garnituren und das Angebot auf der Schiene werde vor allem von SchülerInnen sehr positiv angenommen. Vor einer Einstellung des Abschnitts sollte hier eine nochmalige Beleuchtung der Sachlage erfolgen. Weiters merkte er an, dass die strukturschwächeren Landesteile auch optimal an die Zentren angeschlossen werden sollten. Seine Fraktion trete für ein umfassendes Verkehrsmaßnahmenkonzept ein. Im Waldviertel seien die Menschen jeweils rund eine Stunde von hochwertiger Straßeninfrastruktur entfernt, es sei ein Vollausbau der zwei Hauptverkehrsachsen notwendig. In der Schieneninfrastruktur brauche man ein klares Signal, dazu würden auch die Regionalbahnen zählen. Nötig sei ein Gesamtverkehrskonzept aller Anbieter. Er meinte, 80 Prozent der Bevölkerung in Niederösterreich sollten mit einem öffentlichen Takt-Verkehr versorgt werden. Diese Vision könne aber nur verwirklicht werden, wenn die Funktionsfähigkeit der NÖ Regionalbahnen gewährleistet sei.

Er brachte gemeinsam mit dem Abgeordneten Waldhäusl einen **Resolutionsantrag** betreffend Evaluierung des Waldviertelbus-Konzeptes ein.

Abgeordneter Herbert **T h u m p s e r** (SP) sagte, ideal wäre ein Arbeitsplatz nahe dem Wohnort. Solche positiven Bedingungen gebe es aber nur in den seltensten Fällen. Aufgabe der Politik sei es, die Ybbstalbahn, die Traisentalbahn bzw. die Thayatalbahn als Nahverkehrsangebot zu erhalten. Den Versuch, weite Teile der Ybbstalbahn an die bayerische Oberlandbahn zu verkaufen, habe aber das Land abgelehnt. Bei der Traisentalbahn sei es ein wichtiges Ziel, den Personenverkehr neben dem Güterverkehr aufrechtzuerhalten. Über 116.000 Tonnen Güter und Holz würden jährlich über die Bahn vom oberen Traisental abtransportiert.

Abgeordneter Dr. Martin **M i c h a l i t s c h** (VP) meinte, die Verkehrsinfrastruktur im Zentralraum Niederösterreichs habe sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. Eine wichtige Basis für den Erfolg sei auch das neue Verkehrskonzept für die Gemeinden und die hervorragende Partnerschaft zwischen dem NÖ Straßendienst und den Kommunen. Mit der Verbreiterung der S 33 und der Eröffnung der Donaubrücke Traismauer im Herbst werde es eine bessere Erreichbarkeit des Raumes St. Pölten geben. Aufgabe der ÖBB sei es, mehr für die Pendler zu tun und nicht nur den Fernverkehr abzuwickeln. Die Entscheidung, die Mariazellerbahn zu attraktivieren, sei ein Meilenstein für die gesamte Region. Über die Zukunft der Ybbstalbahn gebe es eine einheitliche Meinung mit allen Bürgermeister*innen aus der Region, dass das dafür veranschlagte Landesgeld sinnvoll eingesetzt sei.

Abgeordnete Amrita **E n z i n g e r** (G) brachte einen **Resolutionsantrag** der Grünen betreffend verstärkte finanzielle Förderung des öffentlichen Verkehrs ein.

Abgeordneter Gerhard **R a z b o r c a n** (SP) zog seinen Resolutionsantrag zum VOR zurück und brachte einen neuen **Resolutionsantrag** gemeinsam mit den Abgeordneten Wilfing und Königsberger betreffend Verbesserungen für die Pendler im VOR ein.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung und betonte, nie mit falschen Daten zur Ybbstalbahn gearbeitet zu haben.

Abgeordneter Franz G a r t n e r (SP) erläuterte die Bedeutung des Wassers. In einigen Wasserverbänden in Niederösterreich gebe es bis zu 40 Prozent Wasserverlust, wodurch hohe Investitionen von Seiten der Gemeinden notwendig seien, um die Sanierung der Leitungen durchzuführen. Auch im Bereich des Hochwasserschutzes habe das Land Niederösterreich zusammen mit seinen Partnern in den letzten Jahren viele Investitionen getätigt.

Abgeordneter Mag. Alfred R i e d l (VP) meinte, Wasserwirtschaft, Wasserpolitik und Wasserschutz seien in Niederösterreich eine Erfolgsgeschichte. Die Politik und die Verwaltung hätten in den letzten Jahren hervorragende Arbeit geleistet und das Trinkwasser für die Menschen in höchster Qualität zur Verfügung gestellt. Es müsse aber auch in Zukunft Aufgabe des Landes und der Gemeinden und nicht von Privaten sein, die Wasserversorgung und -entsorgung durchzuführen. Über Kofinanzierungsmittel des Landes können Investitionen für die Hochwasserschutzbauten aufgebracht werden. Trotzdem gebe es immer ein Restrisiko, besonders bei der Erweiterung von Bauland in den Gemeinden. Wasser brauche Platz und Raum, was in den letzten Jahrzehnten nicht immer der Fall war.

Abgeordneter Dr. Martin M i c h a l i t s c h (VP) meldete sich zu einer tatsächlichen Berichtigung und betonte, Landesrat Heuras habe bei den Verhandlungen für die Ybbstalbahn immer korrekte Zahlen vorgelegt.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) sagte, Gemeinden und Wasserverbände leisteten im Bereich der Wasserversorgung und -entsorgung Großartiges. Mit der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie seien Probleme mit bestehenden Wehranlagen an der Thaya entstanden. Er brachte daher einen **Resolutionsantrag** betreffend Erhaltung der Wehranlagen des Thayatales ein.

Abgeordneter Günter K r a f t (SP) machte auf das steigende Grundwasser im Tullnerfeld aufmerksam und erwähnte in diesem Zusammenhang die Interessensgemeinschaft Grundwasserproblematik nördliches Tullnerfeld. In vielen Kellern stünde das Wasser bis zu den Knien. So seien etwa in der Marktgemeinde Absdorf rund 60 Haushalte betroffen. Viele Bürger fühlten sich im Stich gelassen. Er brachte daher gemeinsam mit den Abgeordneten Waldhäusl und Enzinger einen **Resolutionsantrag** betreffend Grundwasserproblematik im Tullnerfeld ein.

Abgeordneter Jürgen M a i e r (VP) sprach zum Thema Wasserbau. Niederösterreich habe in der Wasserpolitik ein nachhaltiges Bekenntnis abgelegt. So stehe der Schutz des Wassers in der Landesverfassung. Strategie sei, die Wasserversorgung ganz klar in der öffentlichen Hand zu behalten. 91 Prozent der Bevölkerung seien an die Abwasserentsorgung angeschlossen. Diesen Anteil wolle man auf 95 Prozent anheben. Zum Resolutionsantrag betreffend Wehranlagen im Thayatal hielt er fest, dass schon alles getan werde, um die Wehranlagen zu erhalten.

Die Budgetansätze der Gruppe 6 wurden bei getrennter Abstimmung mit Mehrheit von VP bzw. VP und SP angenommen. Die Resolutionsanträge (Verkehrskonzept 2030, Verbesserung Nahverkehr/Erhaltung Nebenbahnen, Absicherung Franz Josefs-Bahn/Errichtung Autobahn/Schnellstraße für das Waldviertel, Evaluierung Waldviertelbuskonzept, Förderung des öffentlichen Verkehrs, Erhaltung Wehranlagen Thayatal, Grundwasserproblematik im Tullnerfeld) wurden abgelehnt. Der Resolutionsantrag (Verbesserungen im Bereich des VOR) wurde einstimmig angenommen.

Gruppe 7

Wirtschaftsförderung

In der Gruppe 7 stehen Ausgaben von 158,30 Millionen Euro Einnahmen von 7,57 Millionen Euro gegenüber.

Abgeordnete Marianne L e m b a c h e r (VP) sprach zum Thema Landwirtschaft. Die Leistungen der Landwirtschaft seien sehr vielfältig und reichten von der Erzeugung von Lebensmitteln bis zur Erhaltung der Kulturlandschaft. In Niederösterreich bewirtschafteten 45.800 landwirtschaftliche Betriebe rund 1,65 Millionen Hektar. In Niederösterreich würde der größte Teil aller landwirtschaftlichen Produkte Österreichs erzeugt. Die Landwirtschaft müsse aber auch in Zukunft mit extrem schwankenden Erträgen rechnen. Ohne Förderungen und Ausgleichszahlungen könne man daher nicht existieren. Für die Zukunft brauche es auch ein Sicherheitsnetz für die Landwirtschaft. Außerdem sei die Landwirtschaft auch ein wichtiger Arbeitgeber in den Regionen. Initiativen wie Genussregion Österreich und „So schmeckt Niederösterreich“ machten auf die landwirtschaftlichen Produkte aufmerksam. In Zukunft brauche man vor allem die Verbundenheit mit den Konsumentinnen und Konsumenten. Wenn Niederösterreich draufstehe, müsse auch Niederösterreich drinnen sein.

Abgeordneter Karl S c h w a b (FP) sprach sich für gerechte und kostendeckende Preise für die Landwirtschaft aus. Bei Verwaltung, Kultur und Bürokratie werde nicht gespart. Bei der Landwirtschaft hingegen sehr wohl, z. B. beim Güterwegebau, bei der Erhaltung der Güterwege, den Strukturverbesserungen und beim Bodenschutz, nicht hingegen bei der Interessenvertretung. In Niederösterreich müssten pro Tag fünf Bauern ihre Höfe verlassen, die Bauern könnten sich ihre Sozialversicherung nicht mehr leisten.

Klubobmann Mag. Günther L e i c h t f r i e d (SP) hielt fest, dass die SP NÖ ganz klar hinter der Landwirtschaft und den Bauern stehe. Nicht einverstanden sei er aber mit der

Art der Geldflüsse und der Geldverteilung im Budget. Neben der Lebensmittelproduktion würden auch die Aufgaben der Energiewirtschaft und Landschaftspflege immer wichtiger. Diese Leistungen müssten auch entsprechend bezahlt werden. Beim Verteilungskampf werden die Landwirte „Federn lassen müssen“, diese Herausforderung sei nur gemeinsam zu bewältigen.

Abgeordneter Franz **G r a n d l** (VP) meinte, gerechte Preise seien nicht wirklich erzielbar. Die Ausgleichszahlungen seien unabdingbar, um kostendeckend produzieren zu können. Er hoffe bei der zu erwartenden „Schlacht um das EU-Milliarden-Budget“ auf die Unterstützung durch den Bundeskanzler. Mit dem Budget 2011 hätten die Bauern einen verlässlichen Partner.

Klubobmann Gottfried **W a l d h ä u s l** (FP) sprach zum Bereich Energie: Wenn die Landwirtschaft europaweit gerettet und die Klimaziele erreicht werden sollen, werde man sämtliche Flächen und deren Bewirtschafter brauchen. Wenn die Landwirtschaft einmal jener Faktor sein werde, der die Häuser beheize, werde das auch zu gerechten Preisen beitragen. Ein **Resolutionsantrag** seiner Fraktion fordert einen jährlichen Bericht der Hagelversicherung an den Landtag.

Abgeordneter Franz **G a r t n e r** (SP) sagte, in punkto Quantität würden die heimischen Produkte nicht mithalten können, sehr wohl aber in der Qualität. Es sei wichtig, die Förderung der Biobauern bzw. Klein- und Nebenerwerbsbauern zu steigern. Den schwierigen Weg der Landwirtschaft könnten Produzenten und Konsumenten nur gemeinsam gehen.

Abgeordneter Mag. Gerhard **K a r n e r** (VP) betonte, die Gruppe 7 sei ein Impuls und Zukunftsprogramm für den ländlichen Raum. Die Arbeitsmarktzahlen vom Mai würden einen überdurchschnittlich hohen Rückgang in den entsprechenden Bezirken zeigen.

Abgeordneter Ing. Hermann **H a l l e r** (VP) kritisierte die Angriffe der Arbeiterkammer auf Bauernbund und Landwirte in Niederösterreich und meinte, dass der Großteil der

niederösterreichischen Bevölkerung im ländlichen Raum lebe. Weiters ging er auf das LEADER-Programm ein, das in Niederösterreich flächendeckend zum Einsatz komme. Man solle jetzt schon mitgestalten, wie das LEADER-Programm künftig aussehen werde. In Niederösterreich würden hervorragende Lebensmittel erzeugt, der Weinbau etwa sei eine Erfolgsstory. Dem Antrag der FP (Hagelversicherung) sei nicht zuzustimmen.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) widmete sich dem Schwerpunkt Technologie und betonte, dass in Niederösterreich Spitzentechnologie zu Hause sei. In den vergangenen zehn Jahren seien 300 Millionen Euro in die Weiterentwicklung des Technologiestandortes geflossen. Konkret ging er auch auf das Technopolprogramm ein und hielt unter anderem fest, dass in Niederösterreich 750 Personen in der Forschung tätig seien. Man habe im Bereich Technologie 300 neue Arbeitsplätze geschaffen und sei hervorragend unterwegs.

Abgeordneter Konrad A n t o n i (SP) brachte einen **Antrag** auf getrennte Abstimmung ein. Zunächst richtete er das Augenmerk auf die Wirtschafts- und Finanzkrise, die auch die Klein- und Mittelunternehmen erfasst habe, deren Ende unabsehbar sei und die auch in die gesellschaftlichen Strukturen eingreife und in den Familien spürbar sei. Die Konjunkturpakete seien als positiv zu bewerten, ebenso die am Arbeitsmarkt gesetzten Maßnahmen. Allerdings brauche man zusätzliche konjunkturbelebende Maßnahmen – insbesondere in den Bereichen Forschung und e-Mobilität. Gemeinsam mit dem Abgeordneten Waldhäusl brachte er einen **Resolutionsantrag** betreffend Schaffung einer NÖ Sanierungsgesellschaft ein. Es gehe darum, Arbeitsplätze und regionalwirtschaftliche Strukturen zu erhalten. Den Tourismus im Waldviertel bezeichnete Antoni als Erfolgsgeschichte. Das Waldviertel werde von den Österreichern geliebt, 90 Prozent der Gäste kämen aus dem Inland. Das Sole-Felsen-Bad dürfe sich nach dreieinhalb Jahren Betriebstätigkeit bereits über eine Million Besucher freuen, mit dem neuen Hotel werde diese Erfolgsgeschichte fortgeschrieben.

Abgeordneter Ing. Manfred S c h u l z (VP) meinte, dass angesichts der Krise die getroffenen Maßnahmen von Relevanz waren. So sei auch der Sanierungsbonus zur richtigen Zeit angepasst worden. Diesen Weg gelte es weiter zu gehen.

Abgeordneter Ing. Franz G r a t z e r (SP) meinte, beim NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds seien im letzten Jahr mehr Anträge auf Förderungen abgelehnt worden als 2008. Generell seien die Ansuchen auf Förderungen beim NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds im Sinken. Beim Budgetvoranschlag für das Jahr 2011 sei der NÖ Wirtschafts- und Tourismusfonds um sechs Millionen Euro geringer dotiert worden. Außerdem habe es Budgetkürzungen bei der NÖ Werbung und im Güterwegebau gegeben. In Zeiten wie diesen sei es aber wichtig, mehr im ländlichen Raum zu investieren, beispielsweise auch in den Hochwasserschutz.

Abgeordnete Dr. Helga K r i s m e r - H u b e r (G) erklärte, bei den Themen Landwirtschaft und Wirtschaft gehe es „um mehr als nur um den Wirtschaftsbund bzw. Bauernbund“. Besonders die Neiddebatte gegen Bäuerinnen und Bauern sei nicht notwendig, da mittlerweile öffentlich bekannt sei, wie viel Geld bzw. Förderungen an Landwirte ausbezahlt werden. Wichtig sei, die vom Bund geplante Transferdatenbank auch für Unternehmen und Konzerne zu realisieren. Mittlerweile gebe es viele niederösterreichische Betriebe, die Probleme hätten. Auch zukünftige Wirtschaftskrisen und internationale Umweltkatastrophen könnten auch in den nächsten Jahren die Entwicklung in Niederösterreich negativ beeinflussen. Vor allem bei der Werbung für Tourismus und im ökologischen Bereich dürfe man keine Einsparungen vornehmen, sondern vielmehr neue Schwerpunkte setzen.

Klubobmann Gottfried W a l d h ä u s l (FP) meinte, im Budget 2011 sei zu wenig Geld für arbeitsplatzsichernde Maßnahmen vorgesehen. Wer in Krisenzeiten an der falschen Stelle spare, könne negative Impulse auslösen. In Bezug auf die ausgelagerten Landesbetriebe meinte er, auch diese müssten vom Landtag bzw. vom Rechnungshof kontrol-

liert werden dürfen. Dazu gehörten auch der Flughafen, die FIBEG oder ecoplus. Er brachte in diesem Zusammenhang gemeinsam mit seinen Fraktionskollegen **vier Resolutionsanträge** betreffend „Keine Reduktion der Geldmittel bei Fremdenverkehr, Handel und Gewerbe“, „RH Überprüfung von Konzernen mit Mehrheitsbeteiligungen bzw. Beherrschung der öffentlichen Hand“, „einheitliche Regelung betreffend Managerbonuszahlungen“ und „Senkung der Energiepreise – Zweckbindung der EVN-Gewinne für Heizkostenzuschuss“ ein.

Abgeordneter Ing. Johann **H o f b a u e r** (VP) erklärte, der Tourismus sei ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaft in Niederösterreich. Die NÖ Tourismuswirtschaft habe sich zu einem gewaltigen Faktor für den ländlichen Raum und Arbeitsplatzmotor entwickelt. Für den Erfolg des niederösterreichischen Tourismus verantwortlich seien gut ausgebildetes Personal, innovative Führungskräfte, aber auch eine intakte Landwirtschaft, einzigartige historische Kulturgüter oder die Ausstellung auf der Schallaburg.

Abgeordneter Hermann **F i n d e i s** (SP) sagte, noch vor Jahrzehnten hätte niemand gedacht, dass der Tourismus im Weinviertel solche Erfolge verzeichnen könne. Damit dieser Trend anhalte, müsse den Gästen aber immer etwas Neues angeboten werden. Die Landesausstellung in Poysdorf und in Laa an der Thaya zum Thema “Wein und Wasser“ könne einen besonderen Impuls auslösen.

Abgeordnete Michaela **H i n t e r h o l z e r** (VP) erklärte, der Ansatz beim Wirtschafts- und Tourismusfonds sei geringer, da noch Mittel für diesen Bereich aus den NÖ Konjunkturpaketen vorhanden seien. In Niederösterreich werde jedes förderungswürdige Projekte vom Land unterstützt. Im Fokus der NÖ Wirtschaftsförderung stehe seit Jahrzehnten die mittelständische Wirtschaft.

Der Abänderungsantrag betreffend keine Reduktion der Geldmittel bei Fremdenverkehr, Handel und Gewerbe wurde abgelehnt. Die Budgetansätze der Gruppe 7 wurden bei getrennter Abstimmung mit Mehrheit von VP bzw. VP und SP angenommen. Die Resoluti-

onsanträge (Bericht Hagelversicherung, Schaffung einer NÖ Sanierungsgesellschaft, keine Reduktion der Geldmittel bei Fremdenverkehr, Handel und Gewerbe, Rechnungshof-Überprüfung von Konzernen, Managerbonuszahlungen und Senkung der Energiepreise) wurden abgelehnt.

Gruppe 8

Dienstleistungen

In der Gruppe 8 sind Ausgaben von 2.316,02 Millionen Euro und Einnahmen von 2.298,72 Millionen Euro vorgesehen.

Diese Gruppe wurde ohne Wortmeldung mit den Stimmen der VP angenommen.

Gruppe 9

Finanzwirtschaft

In der Gruppe 9 stehen im ordentlichen Teil Ausgaben von 655,94 Millionen Euro Einnahmen von 3,16 Milliarden Euro gegenüber.

Die Gruppe 9 wurde ohne Wortmeldung mit den Stimmen der VP angenommen.

Der Dienstpostenplan wurde ohne Debatte mit Mehrheit angenommen.

Der Voranschlag für das Jahr 2011 wurde mit den Stimmen der VP verabschiedet.

Präsident Ing. Hans P e n z (VP) zog eine kurze Bilanz über die zweitägigen Beratungen zum Landesvoranschlag. Insgesamt sei 23 Stunden über den Voranschlag diskutiert worden. Dabei gab es 153 Debattenbeiträge, 43 Resolutionsanträge und acht Abänderungsanträge. Die Zukunft der Landtage liege letztlich in jenem Ansehen, dass die Mandatare durch ihre Arbeit vermitteln. Das Parlament sei eine Stätte der Begegnung und Diskussion der gewählten Mandatarinnen und Mandatare und auch jener Ort, an dem die politischen Gegensätze und unterschiedlichen Auffassungen der Fraktionen ausgetragen werden sollten und müssten. Der Präsident dankte allen, die bei der Beschlussfassung des Landesvoranschlages 2011 durch ihre Mitwirkung zu einem positiven Bild des NÖ Landesparlaments beigetragen haben.

Abgeordneter Helmut D o p p l e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **NÖ Budgetprogramm 2010 bis 2013**.

Der Tagesordnungspunkt wurde ohne Wortmeldung mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Mag. Kurt H a c k l (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Niederösterreichische Verkehrsorganisationsgesellschaft m.b.H. (NÖVOG), Übernahme einer Landeshaftung**.

Der Antrag wurde ohne Debatte mit Mehrheit angenommen.

Abgeordneter Hermann H a u e r (VP) berichtete zu einem Antrag betreffend **Errichtung eines digitalen flächendeckenden Bündelfunknetzes für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben in Niederösterreich** (Digitalfunknetz BOS Austria), Genehmigung der Gesamtkosten; Übernahme des Pagingnetzes der 144 Notruf NÖ GmbH durch das Land NÖ für die Nutzung durch alle BOS (Behörden und Einsatzorganisationen mit Sicherheitsaufgaben) und das Warn- und Alarmsystem.

Der Antrag wurde ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Schluss der Sitzung!